

Aufruf zum Mitreden über Windräder

Von Montag an liegen die Pläne mit den Vorrangflächen für Windenergie öffentlich aus. Die Behörden bitten um Stellungnahmen.

mch. RHEIN-MAIN. Birgit Simon weiß, dass ihr in den nächsten zwei Monaten viel Arbeit ins Haus steht. Von Montag an bis zum 25. April können Bürger, Kommunen, die Deutsche Flugsicherung, Initiativen, Verbände und Investoren zu den 28 Flächen Stellung nehmen, die in den vergangenen drei Jahren als Windvorranggebiete ermittelt worden sind. Von 2016 an dürfen neue Windräder in der Region nur noch auf diesen Flächen errichtet werden. Bis dahin können solche Anlagen noch überall entstehen, vorausgesetzt, der Bau wird nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz vom Regierungspräsidium genehmigt.

Nach Worten von Simon, der Ersten Beigeordneten des Regionalverbands Frankfurt/Rhein-Main, ist diese Offenlage der erste Schritt der Beteiligung. Wenn alle Stellungnahmen bewertet sind, wird es im nächsten Frühjahr eine zweite Runde geben, ehe die regionalen Gremien die Flächen vermutlich Ende 2015 endgültig beschließen. In Mittelhessen hat das Regierungspräsidium seine Windvorranggebiete der Öffentlichkeit schon vorgestellt. Dort sind rund 6000 Stellungnahmen abgegeben worden. Simon erwartet eine ähnliche Zahl an Einwendungen und Anregungen; Rhein-Main sei „eine aktive Region“.

Das schreckt die Grünen-Politikerin nicht, im Gegenteil. Es sei ihr ein Anliegen, dass sich möglichst viele zu den Flächen äußerten und dass eine breite Diskussion über die Windradstandorte geführt werde, sagte sie gestern. „Ich verspreche, dass alle Stellungnahmen sorgsam abgewogen werden.“ Allerdings gebe es im Gebiet des Regionalverbands nur wenige Vorranggebiete, von denen die meisten im Hochtaunuskreis und in der Wetterau lägen. Lediglich 0,9 Prozent der Gesamtfläche des Verbands

sollen für Windräder ausgewiesen werden. Da sei es kaum möglich, auf bestimmte Areale ganz zu verzichten, meint Simon.

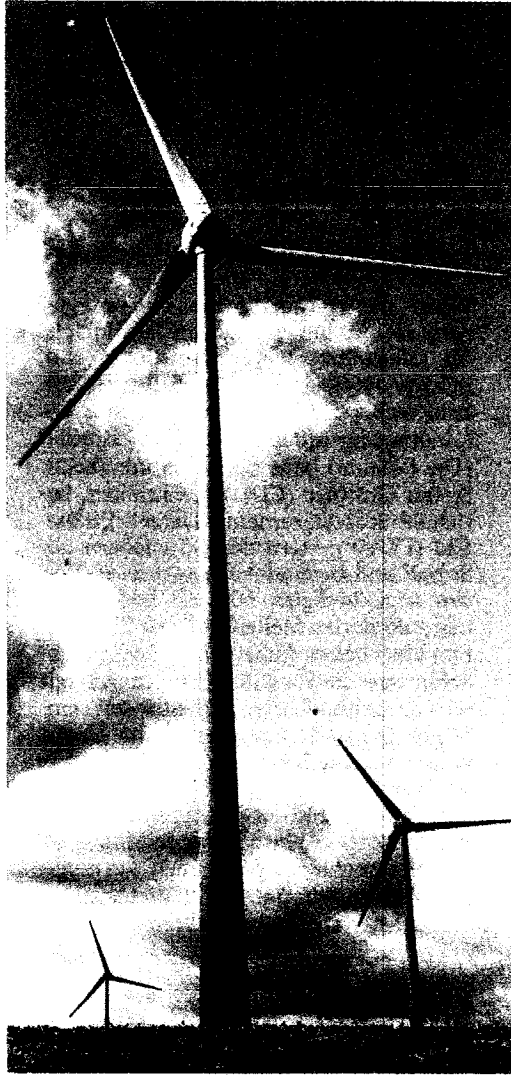
Die Forderung der Deutschen Flugsicherung, um jedes ihrer acht Funkfeuer in der Region einen Radius von 15 Kilometern freizuhalten, wird in den Vorranggebieten nicht berücksichtigt. Vielmehr haben sich die Regionalplaner verständigt, zunächst nur mit einem Mindestabstand von drei Kilometern zu arbeiten, da sonst zu viele Flächen wegfal-

len würden. Nun erwarten die Planer gespannt die Stellungnahmen der Flugsicherung.

Von Montag an liegen nicht nur die Pläne für die Windvorrangflächen im Gebiet des Regionalverbands öffentlich aus, sondern auch jene für den gesamten Regierungsbezirk Südhessen. Im Gesamtgebiet gibt es mehr Flächen für Windräder, die sich vor allem auf den Odenwald, den Rheingau-Taunus-Kreis und den östlichen Teil des Main-Kinzig-Kreises konzentrieren. Der Anteil der Vorranggebiete an der Gesamtfläche erhöht sich damit auf 2,8 Prozent. Damit könnte in Südhessen das Ziel der Landesregierung erreicht werden, zwei Prozent der Fläche für die Windenergie bereitzustellen, obschon es im Gebiet des Regionalverbands weniger Areale gibt.

Der Gesamtplan für Südhessen ist auf der Homepage des Regierungspräsidiums unter www.rp-darmstadt.de zu finden. Er liegt auch in Rathäusern, Kreisverwaltungen und Fachbehörden aus. Der Regionalverband bietet die Möglichkeit, seinen Plan unter der Internetadresse www.region-frankfurt.de/erneuerbareenergien einzusehen. Mit Hilfe eines „Windenergie-Explorers“ können Flächen und Auswahlkriterien auf der Homepage des Verbandes, Stichwort Geoportal, leicht eingesehen werden. Stellungnahmen sind über die E-Mail-Adresse beteiligung@region-frankfurt.de oder per Post abzugeben. Am 10. und 11. März finden Informationsveranstaltungen in Bad Homburg und Friedberg statt.

Die Erste Beigeordnete Simon hofft, durch die öffentliche Beteiligung die Diskussion über Windkraftanlagen insgesamt „auf ein anderes Niveau zu heben“. Derzeit hätten alle Vorhaben zur Gewinnung von Windenergie mit enormen Widerständen zu kämpfen. Viele Bürger wollten weder Atomkraftwerke noch „Fracking“ zur Erdgasgewinnung, aber Windräder akzeptierten sie auch nicht vor der Haustür. Doch wer auf Energie nicht vollständig verzichten wolle, müsse sich „für eine geeignete Form der Energiegewinnung entscheiden“. (Siehe Seite 52.)



Rotoren: Diesen Anblick mag nicht jeder. Foto dpa